
Universitätsreform in Österreich

Rezension von: Universitätsreform
wohin? Beiträge zur Suche nach einer
adäquaten Identität. Zeitschrift für
Hochschuldidaktik. Beiträge zu
Studium, Wissenschaft und Beruf, Heft
24/4 (2000), STUDIENVerlag,
Innsbruck u.a. 2001, 142 Seiten.

Das Thema Universitätsreform war in den letzten Monaten Gegenstand heftiger (tages)politischer Auseinandersetzungen. Über Bildungs- und Wissenschaftspolitik wird wieder gesprochen.

Qualitativ hochwertige Diskussionsbeiträge sind in der emotional geführten politischen Diskussion leider oft Mangelware. Die medial verstärkte Auseinandersetzung ist auf der einen Seite oft gekennzeichnet von Ankündigungen, Verkürzungen und Halbwahrheiten, auf der anderen Seite von Vermutungen und Befürchtungen. Polemische Darstellungen werden von vielen BefürworterInnen der Regierungspläne genauso verwendet wie von manchen ihrer KritikerInnen. Aufklärung, Differenzierung und rationale Argumentation würden hingegen Not tun.

Wichtige Beiträge zum Reformbedarf der österreichischen Universitäten und mögliche Reformperspektiven der heimischen Wissenschaftspolitik liefert die „Zeitschrift für Hochschuldidaktik“ mit ihrem „Universitätsreform wohin? Beiträge zur Suche nach einer adäquaten Identität“ betitelten Band.

Auf 142 Seiten wird der ganze Bogen der aktuellen Diskussion in 13 Beiträgen aufgespannt. Und das sowohl in inhaltlicher als auch in ideologischer Hinsicht, stammt doch die AutorInnenschaft aus allen politischen Lagern. Die Artikel reichen von der Situation Österreichs im

internationalen Kontext, dem Zusammenhang zwischen Staat, Wirtschaft und Universität über pädagogische Aspekte und einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Autonomiebegriff bis hin zum Thema „Unireform und ArbeitnehmerInnen“. Der wissenschaftliche Diskurs hat dabei Vorrang vor dem polemischen Untergriff. In einigen Beiträgen freilich tritt leider die rationale Argumentationslinie in den Schatten zu Gunsten ideologisch-voluntaristischer Betrachtungsweisen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Mitbestimmungsfragen und einer von (liberal-)konservativer Seite vorgetragenen vermeintlichen Blockierung des wissenschaftlichen Fortschritts durch Mitbestimmungsstrukturen.

Eröffnet wird der Beitragsreigen von Richard März, Obmann der österreichischen Gesellschaft für Hochschuldidaktik, mit der Hoffnung auf einen „österreichischen Weg“ bei der Entwicklung des heimischen Universitätssystems. Für die Herausgeber des Sammelbands, Gertrude Brinek und Hans Mikosch, steht der Reformbedarf außer Zweifel.

Der eigentliche universitätspolitische Diskurs beginnt mit einem Beitrag von Sigurd Höllinger, Sektionschef im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst. Höllinger geht von einer Notwendigkeit zur Entwicklung unternehmerischer Selbständigkeit aus, da Universitäten nur so ihre Position als selbständige Anbieter von Forschung und Lehre in einem im Umbruch befindlichen System der höheren Bildung behaupten könnten. In der gegenwärtigen Unireform sieht er eine Abkehr von einem österreichischen „Josephinismus“, da es diesmal leitende Personen der Universitäten wären, die die Weiterentwicklung der Universität zu vollständig autonomen Organisationen wünschten und konzipieren würden. Das Universitätsgesetz 2002 wäre für Höllinger die logische Weiterführung der Reformen der neunziger Jahre.

Johann Hagen von der Universität Salzburg beschreibt die Doktrin des „*New Public Management*“, eines ideologische Momente enthaltenden Konzepts, an dem sich die Reformvorhaben für die Universitäten orientieren. Letztlich führe die Doktrin zu Universitäten, die an Stelle demokratischer Selbstbestimmung der Struktur privater Konzerne ähneln. (Die Mitbestimmungsrechte treten teilweise sogar hinter jene in Betrieben zurück. Im Universitätsrat, dem obersten Organ, haben die ArbeitnehmerInnen keinen Sitz mit Stimmrecht, während dies in Aufsichtsräten von Konzernen sehr wohl der Fall ist: Anmerkung des Autors.)

Gertrude Brinek, unter anderem Wissenschaftssprecherin der ÖVP, betont, dass die geplanten Reformen bisher in erster Linie organisationstheoretisch argumentiert werden, und untersucht, ob und inwieweit sich die Forderungen nach mehr Autonomie pädagogisch rechtfertigen lassen. Brinek kommt zum Schluss, dass eine Organisationsform Bildung letztlich weder ver- noch behindern kann. Befremdend ist Brineks Argumentationslinie, dass nämlich Mitbestimmung an Hochschulen zu einer falschen Idee von Universität geführt hätte und Ungleichheit verlorengegangen sei, obwohl sie doch ein äußerst produktiver Faktor sei. Zur Untermauerung dieses Gedankens zitiert sie u. a. Jürgen Mittelstrass, der der Meinung ist, dass gerade Ungleichheit als Produktivfaktor genutzt werden soll. Das Prinzip der Gleichheit wäre laut Mittelstrass zum organisierenden Prinzip der Wissenschaftsreform geworden und das gewerkschaftliche Denken wäre in die „Wissensproduktionsstätte“ eingezogen.

Alfred Noll plädiert für eine intensive Diskussion des Themas „Hochschule und Herrschaft“. Seiner Ansicht nach könnte die gültige Anforderung an Universitäten, Wissensproduktion und -vermittlung zu vereinen, in einem Selbstverwaltungskörper ähnlich der Gemeindeautonomie verwirklicht werden.

Ulrich Gäbler, Rektor der Universität Basel, ist der Leiter jener Universität, die für die österreichische Unireform Pate gestanden ist. Gäbler ist der neoliberalen Überzeugung, dass der Staat möglichst wenig eingreifen soll. Er spricht sich gegen „perfektionistische Detailplanungen“ einer Reform aus und plädiert für pragmatisches Vorgehen unter ständiger Überprüfung der strategischen Ausrichtung und für Transparenz beim Reformprozess, um das Vertrauen der Unibediensteten zu erreichen.

Gerald Bast, Rektor der Universität für angewandte Kunst in Wien, kritisiert das Vorhaben einer „Totalreform“ der Universitäten. Derzeit könnten noch nicht einmal die Auswirkungen der letzten Organisationsreform im erforderlichen Ausmaß beurteilt werden, da die entsprechenden Bestimmungen erst seit kurzer Zeit in Kraft sind. Darüber hinaus widerspräche laut Bast vieles dem verlautbarten Ziel der Erweiterung der universitären Autonomie. In Summe würde eine Totalreform negative Ergebnisse bringen: weniger Geld für die Universitäten, höhere Studiengebühren, ein geringeres Studienangebot, mehr staatlichen Einfluss, undemokratischere Strukturen und intransparente Entscheidungswege sowie demotivierte MitarbeiterInnen, da statt klar strukturierter Mitbestimmungsmechanismen informelle Entscheidungsstrukturen entstehen werden. Ein praktikabler Ersatz zur Totalreform bestünde beispielsweise in einer erweiterten Teilrechtsfähigkeit.

Friederike Hassauer konturiert in ihrem Beitrag ihre Idealvorstellungen einer „Reformuniversität mit Selbstbewusstsein“. Dazu müssten „Heilige Kühe“ geschlachtet werden: die paritätische Mitbestimmung, die Pragmatisierung und die Selbstrekrutierung. Hassauers Idealvorstellung umfasst folgende Punkte: politische Top-Priorität für die Reformuni, Planungssicherheit in einem neuen staatsferneren Raum der Autonomie, neue Partizipationsformen

nach jeweiliger Entscheidungsebene, neue Karrieremodelle, Internationalisierung als Leistungsindikator, mehr Mittel für die Kulturwissenschaften, mehr Selbstreflexion, mehr Professorinnen und eine „maßgeschneiderte“ Autonomie, bei der persönliche Verantwortung die „Dauerflucht in gremiale Unverantwortlichkeit“ ablösen soll.

Die Schaffung autonomer Verwaltungseinheiten ist für Günther Bonn, Naturwissenschaftler aus Innsbruck, eine Möglichkeit, um im internationalen Wettbewerb besser bestehen zu können. Bonn plädiert für Veränderungen in Lehre, Personal- und Forschungsstrukturen sowie in der gesamten Organisation und den Entscheidungsstrukturen. Studiengebühren sind für Bonn „ein erster geeigneter Schritt in die richtige Richtung“. Er spricht sich für Leistungskriterien und Schwerpunktsetzungen aus und will nicht zulassen, „dass andere Interessen aufgrund paritätischer Abstimmungsmöglichkeiten den Vorrang erhalten“. Wir wären es Namen wie Schrödinger, Pregel und Boltzmann schuldig, „nicht die Verwässerung und Mittelmäßigkeit, sondern die Elite und leistungsorientierte Ausbildung an unseren hohen Schulen zu fördern“.

Klaus Landfried, Präsident der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz, ist der Meinung, dass es auf die wachsende Nachfrage nach fachlich differenzierter Bildung und Forschung bisher keine (ausreichende) Resonanz gegeben hat. Ein professionelles Management der Universitäten sei sinnvoll. Für

diese Aufgabe kämen allerdings nur WissenschaftlerInnen selber in Frage, da nur sie wüssten, wie Wissenschaft funktioniert. Nicht jedoch „mehr oder weniger erfolgreiche Banker, Automobil- oder Tourismus-Manager“.

Martha Eckl von der Arbeiterkammer beleuchtet in ihrem Beitrag vor allem die zentralen Bereiche Mitbestimmungsstrukturen und offener Hochschulzugang. Die geplante Reform werde gerade in diesen zentralen Bereichen besonders negative Konsequenzen haben. Den universitären Reformbedarf hält Eckl für unbestritten, der Entwurf des Ministeriums gehe aber in die falsche Richtung. Der Entwurf sei außerdem unausgegoren und werde daher entschieden abgelehnt.

Im Abschlussbeitrag schließlich spricht sich Edith Saurer gegen abermalige, überstürzte Organisationsänderungen an den Unis aus. In der *Scientific Community* zählten andere Gesetze als in marktwirtschaftlichen Betrieben. Die Angewiesenheit auf Drittmittel bei staatlichem Rückzug könnte die universelle Fächerstruktur gefährden und letztlich Wissenschaft und Gesellschaft in ihren Ansprüchen beschneiden, wovon die Geisteswissenschaften besonders betroffen wären.

Die Lektüre dieses Sammelbandes kann all jenen empfohlen werden, die sich abseits medialer Verkürzungen einen Überblick über grundsätzliche und unterschiedliche Positionen zum Thema Universitätsreform verschaffen wollen.

Gerhard Hofer